

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Anschlag Nr. 53.

Angaben über die Anzeigerpreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge in Goldmark, sowie wöchentliche Anzeigerpreise in Goldmark, Kellern- und Zetteln in Goldmark, amtliche Zelle 20 Goldmark.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 15

Sonntag, den 18. Januar 1925

20. Jahrgang

Vaterländische Gedanken zum 18. Januar.

Man könnte heute geneigt sein, den 18. Januar zu einem nationalen Trauertag zu erheben. Der Vergleich des Versalles vom 18. Januar 1871 und des Versalles vom 28. Juni 1920, dem Tage, an dem Deutschland gezwungen wurde, den schmachvollsten Friedensvertrag zu unterzeichnen, der je ausgedacht worden ist, wirkt so niederschmetternd, daß man ein Recht hätte, hoffnungslos darüber zusammenzubrechen. Damals gab uns Bismarck die langersehnte deutsche Einheit, gab uns als Volk und Staat Macht, Ruhm und einen angehenden Aufstieg. Der Versailleer Friedensschluß aber verurteilte unseren beginnenden inneren Zerfall und unsere Uneinigkeit katastrophal, gab uns verhängnisvolle Regierungskrisen in Permanenz, und eine sich damit steigende Regierungsschwäche, gab uns als Volk und Staat Ohnmacht, Schmach und einen geradezu erschütternden stillen Niedergang! — Ja, es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn wir am 18. Januar unsere Gebäude halbmaß flagen würden, und die Glocken im Lande Trauer läuten ließen! Aber schlimmer, tausendmal schlimmer als diese Erkenntnis ist das an-

dere, die Schande, daß hausendweise Deutsche in unserem deutschen Vaterlande leben, die für alle diese vaterländische Not und Erniedrigung überhaupt kein Verständnis haben! Sie wissen nichts von dem, was Ruhr und Rheinland leidet, wissen nichts von der schmachwürdigen, niederträchtigen Tat, die uns jetzt in Köln wieder angeht worden ist. Und sie wissen leider auch nichts von dem, was innerpolitisch im Lande geschieht, um das gewaltige Auslöbern vaterländischen Hornes zu verhindern. So wenig, wie sie die Sklavenketten fühlen wollen, die wir als Volk im Weltganzen tragen, so wenig wollen sie fühlen, wie sie im eigenen Lande belogen und betrogen werden.

Wenn darum der 18. Januar noch eine Bedeutung als deutscher Gedentag haben soll, so wollen wir uns nicht mit der Trauer allein begnügen, aber das, was verloren gegangen ist und was unterlassen wurde, sondern wir wollen ihn zu einem deutschen Bußtag erheben, zu einem Tag, an dem ins deutsche Volk hinaus geschrien werden soll, werdet endlich andere, neue, deutsche

Menschen, kommt zur Einsicht, stellt die eigenen Interessen gegenüber den Volkinteressen zurück, tue es, deutscher Edelmann, der du soviel für Deutschland schon geleistet hast, und tue es, deutscher Arbeiter, ohne dessen Mitwirkung eine neue deutsche Zukunft nicht denkbar ist, tut es ihr, die ihr lehrt, und tut es ihr, die ihr lernt, tut es Mann und Frau, jung und alt ohne Unterschied, es geht doch um euer aller, aller Leben und Wohl und Zukunft! Sie werden euch mit Versprechungen zu fesseln suchen, die hier im Lande und Deutschen das Deutsche sein-wollen abgewöhnen möchten, und sie werden in Paris und London und Rom die Köpfe zusammenstecken, wenn wir erst einmal wieder einig sind und den Feinden die Stirne bieten. Aber gegen ein einziges deutsches Deutschland werden auf die Dauer die Feinde brauchen und drinnen nichts ausrichten können. Darum laß die Deutschland deinen 18. Januar zum vaterländischen Bußtag werden und stelle dich an ihn und für alle Zukunft unter das Wort „Deutsch und treu, jung und alt frei!“

Die Regierungserklärung auf Montag verschoben.

Berlin, 16. Jan. Die für die heutige Reichstags-Sitzung vorgesehene Abgabe einer Erklärung der neuen Reichsregierung ist auf Montag sechs Uhr vertagt worden, da unerwarteterweise die Verhandlungen über die Besetzung wichtiger Ministerien, insbesondere des Reichsfinanz- und des Reichsjustizministeriums noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Die Bemühungen des neuen Reichsanzlers Dr. Luthers, sein Kabinett zu vervollständigen, haben bisher noch keinen Erfolg gehabt. Auch Oberlandesgerichtsrat Schumacher hat die Übernahme des ihm angebotenen Reichsjustizministeriums abgelehnt. Man soll Staatssekretär Joel mit der Leitung dieses Ressorts weiter betraut werden, das er schon während der letzten Zeit des Kabinetts Marx verwaltet hat. Das Reichsjustizministerium der besetzten Gebiete, dessen Leitung Oberlandesgerichtsrat Schumacher mit übernehmen sollte, wird, wie bisher, nicht selbständig besetzt werden. Es sind also augenblicklich noch drei Ministerposten frei und vier Ressorts, nämlich die der Finanzen, der Justiz, des Verkehrs und der besetzten Gebiete, unbesetzt.

Berliner Pressestimmen.

Während die Berliner Presse die Verlegenheitslösung, die das Kabinett Luthers darstellt, scharf oppositionell entgegentritt, zeigt sich die Reichspresse befriedigt und sieht sie als eine Etappe zu dem von der Rechten erstrebten „staatsbürgerlichen Kabinett“ an. Doch fehlt es auch hier nicht an ablehnenden Stimmen. So schließt die „Deutsche Zeitung“ ihre Betrachtungen mit folgendem Satz: „Alles in allem: Parlamentarisch Herrn Wirth ausgeliefert, innenpolitisch gegen Severing machtlos, außenpolitisch von Stresemann geführt. Die wahren Herren des Kabinetts sind die Gegner des nationalen Deutschland.“ Sieht man von dieser ultraradikalen Rechtsstimme ab, so zeigt die übrige deutsch-nationale und die Presse der Deutschen Volkspartei Befriedigung, wobei sie sich wohl nur aus taktischen Gründen hütet, dem ersten ausgesprochenen Rechtskabinett Vorschlagsvorbeeren zu erteilen.

In der gesamten Reichspresse wird zum Ausdruck gebracht, daß diese Stabilität solange unmöglich ist, als nicht in Preußen eine Regierung besteht, die von denselben Grundgedanken geleitet wird, als im Reich. Die „Kreuzzeitung“ stellt diese Homogenität zwischen Preußen und dem Reich als das nächste Ziel hin, das erreicht werden muß. Die „Zeit“, das Organ Stresemanns, meint, das Kabinett Luthers sei ein Kabinett der Staatsbesetzung, denn das Kabinett bedeute eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte, die den Staat betreffen und an ihm mitarbeiten wollen. Man könnte es als einen Erfolg der Konsolidierung auch des republikanischen Gedankens ansehen, daß Parteien an diesem republikanischen Deutschland mitarbeiten, die grundsätzlich nicht auf dem Boden republikanischer Anschauungen stehen, die aber erkennen, daß anders als auf dieser Grundlage unter Zusammenfassung aller Kräfte ein Wiederaufbau keinen Erfolg verspricht. Man wird wenig verstehen, daß die Deutsche Volkspartei, die allein die Regierung Marx gestützt hat, durch ihre Hauptorgan jetzt erklären läßt, daß das neue Reichskabinett in vielen, wenn nicht in den meisten Fragen den Lehren des früheren Kabinetts folgen wird.

Dr. Reinhold nicht Finanzminister.

Berlin, 17. Jan. Wie zu der Vertagung der Regierungserklärung auf Montag infolge der Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Besetzung wichtiger Ministerien gemeldet wird, hat der Reichsfinanzler Dr. Luthers das Reichsfinanzministerium dem schlesischen Finanzminister Dr. Reinhold angeboten. Die Berufung Reinholds sei jedoch an dem Widerstand der demokratischen Fraktion gescheitert. Das B. L. will wissen, Dr. Luthers beabsichtige jetzt, den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Popitz an die Spitze des Ministeriums zu stellen.

Zum Fall Tirpitz.

Berlin, 17. Jan. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat gestern beschlossen, eine Interpellation einzubringen, die hauptsächlich veranlaßt worden ist durch die letzte Publikation von diplomatischen Aktenstücken durch Großadmiral von Tirpitz, und in der es heißt: Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um der unbefugten Veröffentlichung von amtlichen Aktenstücken, Dokumenten und Dienstkorrespondenzen durch ehemalige Reichsbeamte oder Offiziere entgegenzutreten. — Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Dokumentenveröffentlichung des Admirals von Tirpitz zum Gegenstand einer Interpellation gemacht.

Dankschreiben des Reichspräsidenten an Marx

Der Reichspräsident hat an den aus dem Amte scheidenden Reichsanzler Marx nachstehendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichsanzler! Mit aufrichtigem Bedauern habe ich in Genehmigung Ihres Abschiedsgesuches mit dem beifolgenden Erlaß Sie von dem Amte des Reichsanzlers entbunden. Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit ernster wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter sorgenvoller Arbeit. Über diese Arbeit war nicht vergeblich. Sie brachte unserem Volke auf seinem Leidenswege zum ersten Male Besserung und Erfolg auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Wie ich Ihnen schon am Neujahrstag zum Ausdruck bringen konnte, haben Sie, Herr Reichsanzler, reichen Anteil an den erreichten Fortschritten. Mit ruhiger und sicherer Hand, gestützt auf reiche politische Erfahrung, und unter Einsetzung Ihrer ganzen lautereren Persönlichkeit haben Sie die Geschäfte des Reiches so geführt, daß Sie sich Anspruch auf den Dank des gesamten deutschen Volkes erwarben. Ich weiß, daß Ihre schlichte Wesensart höhere Ehrungen und Dankesbeweise ablehnt und sich mit dem Gefühl der für das Vaterland getanen Pflicht genügt. Es ist mir aber dennoch ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen namens des Reiches für alles zu danken, was Sie in dieser Zeit geleistet und erreicht haben und Sie zu bitten, stets meiner herzlichsten Wünsche versichert zu sein. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener Ges. Oberst.

Das Kabinett der parlamentarischen Verworrenheit.

Von Dr. Kais. M. d. W.

Als im Frankreich des dritten Napoleon sich der Übergang vom Kaisertum zur Republik unter günstigen historischen Begleitumständen vollzog wie bei uns im November 1918, da war auch die junge französische Republik lange Jahre hindurch der Schauplatz innerpolitischer Ratlosigkeit und Verwirrung, und der Versuch an Ministerien in den ersten zehn Jahren war ebenso stark wie das unfruchtbare parlamentarische Wirren der politischen Parteien. Auch sonst ähnelt die Entwicklung der jungen französischen Republik die in viele Einzelheiten hinein dem Gang der Dinge in dem nachrevolutionären Deutschland. Ein Milderungsgrund für diese Mißerscheinungen steht dabei, wie in Deutschland zur Seite, den Frankreich nicht hat. Das geschlagene Frankreich wurde von seinem deutschen Kriegsgegner mit vollendeter Ritterlichkeit behandelt. Rein von außen her andringender brutaler Verrichtungswille griff lähmend in die innere Entwicklung Frankreichs ein; im Gegenteil, die Außenwelt bemühte sich vom ersten Tage an, Frankreich zu helfen. Ganz anders bei uns. Fünf Jahre lang jagte ein Gewaltakt den andern, bis der Ruhrreinhau Staatshaushalt und Finanzwirtschaft vernichtete. Alle Versuche der jungen deutschen Republik, sich innerlich zu festigen, fanden die stärksten Hemmnisse in außenpolitischen Wahnsinnstaten unserer Feinde. Und während einst das vorbildliche Verhalten der deutschen Besatzungsstruppen in Frankreich dem alten Thiers leicht machte, eine Politik der Mäßigung zu treiben, haben der französische Imperialismus und Militarismus mit ihren Sanktionen und ihren widerlichen Ausschreitungen gegen Deutschland und im besetzten deutschen Gebiete eine politische Seelenstimmung im deutschen Volke geschaffen, die bis zum heutigen Tag den besonnenen politischen Strömungen in Deutschland ihre Arbeit unsagbar schwer gemacht haben.

So wenig man diese außenpolitische Bedingtheit unserer trägen innerpolitischen Zustände bezeichnen soll, so verkehrt wäre es doch, die gegenwärtige Unfruchtbarkeit und Verworrenheit unserer parlamentarischen Verhältnisse allein und ausschließlich auf dieses Konto zu setzen. Die Schuld liegt in erheblichem Umfang bei uns selbst. Wir haben zwar alle den ehrlichen Willen, aus dem Elend herauszukommen, in das uns der verlorene Krieg gestürzt hat, aber bei aller unserer Arbeit irrtümlich die äußere politische Organisation in Ihren parteipolitischen Differenzierung über die gemeinsamen großen Ziele. Niemals ist das so deutlich geworden, wie bei der jetzigen Tragikomödie der Reichstagsneuwahl und der Regierungsbildung. Eine Regierungsbildung, die starke außenpolitische Erfolge, die im entscheidenden Augenblick eine starke parlamentarische Mehrheit hinter sich gehabt hätte, führt zur Auflösung des Parlamentes, weil sie aus einer in ihrem eigenen Schoße entstandenen parteipolitischen Krise keinen anderen Ausweg wußte. Das Volk billigt bei den Wahlen die bisherige Politik der Regierung, aber aus parteipolitischen Gründen wandt diese Regierung ab. „Abdanken heißt, sich verurteilen, sich selbst ein Unfähigkeitzeugnis ausstellen, und ist nur annehmbar bei Geistes und bei Willenskräften.“ Die Grundzüge der Politik liegen für die Regierung fest, aber in den Irrgängen der Parteipolitik laufen sie wochenlang alle Versuche vor, eine Regierung zustande zu bringen. Krauchen und drinnen drängt alles zum Untergang.